

**Remchingen (PK).** Die Bürgerinitiative „Ruhe jetzt“ widerspricht den Aussagen der Bundesregierung. Diese sieht wie berichtet keine Rechtsgrundlage für die Finanzierung weiterer Lärmschutzmaßnahmen für den betroffenen Autobahnabschnitt Karlsbad-Pforzheim/West. Dass keine gesetzliche Anspruchslage bestehe oder die Gesetzeslage es nicht zulasse, könne sich nur auf die Ortsteile Wilferdingen und Mutschelbach beziehen, teilt die Initiative mit. In Nöttingen und Darmsbach hingegen seien an rund 300 Gebäuden durch das Regierungs-

## „Ruhe jetzt“ widerspricht

präsidium eine sehr hohe Anzahl und hohe Lärmbetroffenheit durch zwei Gutachten bestätigt worden. Es konnte weder vom Regierungspräsidium noch vom Verkehrsministerium ein einziges Gesetz genannt werden, das belegt, dass es keine Möglichkeit gibt, Mängel und eine unvorhersehbare Mehrbelastung der Bürger zu beheben, so die Initiative weiter. Soweit erforderlich sei durch nachträgliche Anordnung die

Begrenzung der Emissionen auf den neuesten Stand der Technik zu bringen.

Weder die bisherigen eingebrachten Kosten der Lärmschutzmaßnahmen noch eine Kosten-Nutzen-Rechnung sei „Ruhe jetzt“ für den Streckenabschnitt vorgelegt worden. Die Behauptung, die Kosten stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen, hätten nicht belegt werden können. Breitere Autobahntrassen, höheres Lärmaufkommen durch größere Pkw und deren breitere Bereifung erfordern mehr Lärmschutz, so die Initiative.